

II - 264 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 12813

1979 -10- 10

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. HAIDER, DR. STEGER
an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend unsachliche Polemik in der vom Bundesministerium für
Bauten und Technik herausgegebenen Zeitschrift "Wohnbau"

In der vom Bundesministerium für Bauten und Technik herausgegebenen
Zeitschrift "Wohnbau" (Nr. 7 - 8/79) erschien unter dem Titel
"Private Initiative forciert Assanierung" ein nicht namentlich ge-
zeichneter Beitrag, der sich unter anderem mit der Vorgangsweise der
FPÖ-Nationalratsfraktion bei den seinerzeitigen Beratungen über das
Stadterneuerungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz auseinandersetzt.
Die Art, in der dies geschieht, ist einem Blatt, das den Anspruch er-
hebt, eine Fachzeitschrift zu sein, und das noch dazu mit Steuergeldern
finanziert wird, keinesfalls angemessen.

Nicht nur, daß in dem Artikel die von der freiheitlichen Fraktion
in bezug auf ihren Unterausschuß-Experten getroffene Auswahl tat-
sachenwidrig dargestellt wird, versteigt sich der Autor auch noch dazu,
der FPÖ die Bereitschaft anzukreiden, als fachlichen Berater durchaus
auch einmal jemanden heranzuziehen, der politisch nicht zum eigenen
Lager gehört.

Abgesehen davon, daß eine solche Haltung in einer Demokratie nicht
ungewöhnlich ist (oder: nicht ungewöhnlich sein sollte), versteht es
sich wohl von selbst, daß Entscheidungen wie die in Rede stehende
eine fraktionsinterne Angelegenheit sind. Daran in polemischer Form
Kritik zu üben, kommt der Zeitschrift eines Ministeriums nicht zu.

Bleibt noch festzustellen, daß auch die vom Autor vorgenommene
"Wertung" des freiheitlichen Abstimmungsverhaltens bei der Beschluß-
fassung über die von ihm erörterten Gesetzesmaterien nichts anderes
ist als eine demagogische Unterstellung mit einer nur allzu deutlichen
politischen Schlagseite, die in der Sache keiner Erwiderung wert ist,

- 2 -

deren anzüglicher Ton aber als - gelinde gesagt - ungehörig zurückgewiesen werden muß.

Angesichts dieses Sachverhaltes richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e :

1. Stimmen Sie mit den Anfragestellern darin überein, daß mit dem oben bezeichneten Artikel die einer Ressort-Fachzeitschrift gezogenen Grenzen in eindeutiger Weise überschritten wurden?
2. Sind Sie bereit, entsprechende Vorsorge zu treffen, daß derartige Entgleisungen in Hinkunft tunlichst unterbleiben?

Wien, 1979-10-10